

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Eduard Oswald, Eduard Lintner, Georg Brunnhuber, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Wolfgang Dehnel, Hubert Deittert, Dr. Jürgen Gehb, Peter Götz, Manfred Heise, Hans Jochen Henke, Norbert Königshofen, Dr. Hermann Kues, Peter Letzgus, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Michael Meister, Norbert Otto (Erfurt), Hans-Peter Repnik, Heinz Schemken, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Wilhelm Josef Sebastian, Gunnar Uldall und der Fraktion der CDU/CSU

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 14/5067, 14/6500 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Magnetschwebebahnbedarfsgesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Aufhebung des Magnetschwebebahnbedarfsgesetzes wird widersprochen.

1. Mit dem Magnetschwebebahnbedarfsgesetz wurde der Bedarf für eine leistungsfähige, spurgeführte Hochgeschwindigkeitsstrecke von Berlin nach Hamburg festgestellt. Dieser Bedarf ist weiterhin vorhanden. Eine anderweitige Befriedigung dieses Bedarfs ist nicht zu erwarten. In der Begründung für das Magnetschwebebahnbedarfsgesetz ist darauf hingewiesen worden, dass der Bau einer Magnetschwebebahnverbindung Berlin–Hamburg in den Bundesverkehrswegeplan '92 aufgenommen worden ist. Es wurde ausdrücklich auf den Bau einer Eisenbahn-Hochgeschwindigkeits-Strecke als Alternative verzichtet. Auch ist die in Aussicht genommene Ertüchtigung der Eisenbahnstrecke Hamburg–Büchen–Berlin nach Reisezeit und Kapazität kein hinreichender Ersatz für die Hochgeschwindigkeitsverbindung der beiden größten Metropolen Deutschlands.
2. Die Entscheidung der Bundesregierung, der DB AG, der Siemens AG, der Thyssen Krupp Industries AG sowie der Daimler-Chrysler Rail Systems GmbH, die Magnetschnellbahnstrecke Berlin–Hamburg nicht zu realisieren, ist im Februar 2000 aus Kostengründen getroffen worden. Damit ist jedoch weder die Möglichkeit einer Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bund und anderen privaten Projektträgern noch die aus dem Bedarfsgesetz resultierende Verpflichtung des Bundes entfallen, auf eine solche Finanzierungslösung hinzuwirken.

3. Verkehrswegebedarfspläne werden unabhängig davon aufgestellt, ob und inwieweit die Finanzierung der jeweiligen Projekte in naher Zukunft gesichert ist. Sie sollen der langfristigen Ausrichtung der Verkehrswege- und Finanzplanung dienen und müssen den Beteiligten verlässliche Planungsgrundlagen bieten.

Nach allem fehlt es an den tatsächlichen Voraussetzungen für die Aufhebung des Gesetzes.

Berlin, den 3. Juli 2001

Dirk Fischer (Hamburg)
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Eduard Oswald
Eduard Lintner
Georg Brunnhuber
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig,
Wolfgang Dehnel
Hubert Deittert
Dr. Jürgen Gehb
Peter Götz
Manfred Heise
Hans Jochen Henke
Norbert Königshofen
Dr. Hermann Kues
Peter Letzgus
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Dr. Michael Meister
Norbert Otto (Erfurt)
Hans-Peter Repnik
Heinz Schemken
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Wilhelm Josef Sebastian
Gunnar Uldall
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion